

Kommentar Wirtschaftspolitik

2016/5 | 4. Februar 2016

Unsicherheit und Volatilität

Unsere Welt ist durch zunehmende Unsicherheit, Volatilität und Komplexität gekennzeichnet. Die erhöhte Unsicherheit bei Unternehmen, Haushalten und Entscheidungsträgern kann erhebliche volkswirtschaftliche Kosten mit sich bringen. Es gilt, die Chancen, die Unsicherheit und Volatilität mit sich bringen, zu nutzen, um Reformen durchzusetzen, die unter „normalen“ Umständen schwieriger umsetzbar sind. Die aktuelle Ausgabe der Wirtschaftspolitischen Blätter beschäftigt sich mit unterschiedlichen Aspekten von „Unsicherheit und Volatilität“.

Insbesondere seit dem Ausbruch der Wirtschafts- und Finanzkrise im Jahr 2008 hat die Unsicherheit von Unternehmen, Haushalten und Entscheidungsträgern enorm zugenommen. Immer neue schockartige wirtschaftliche Entwicklungen, geopolitische Risiken und Konflikte, Panik auf den Finanzmärkten und heftige Preisausschläge auf den Rohstoff-, Energie- und Agrarmärkten erhöhen die Unsicherheit über künftige politische und wirtschaftliche Entwicklungen.

Für Unternehmen und Haushalte wird es vor diesem Hintergrund immer schwieriger, weitreichende strategische Entscheidungen zu treffen. Stattdessen werden Investitionen sowie der Kauf von langlebigen Konsumgütern aufgeschoben und abgewartet, wie sich die Zukunft entwickelt. Investitionen können aber auch deshalb beeinträchtigt werden, weil auch Banken in ihrer Kreditvergabe auf ein unsicheres und volatiles Umfeld reagieren. Auf diese Weise kann steigende Unsicherheit zu einer Reduktion der Kreditvergabe führen. Denn höhere Unsicherheit steigert die Wahrscheinlichkeit, dass Firmen in die Insolvenz gehen, und dementsprechend verlangen Investoren und Gläubiger höhere Risikoprämien, um für das gestiegene Ausfallrisiko kompensiert zu werden. Darüber hinaus beeinflussen die neuen Eigenkapitalvorschriften (Basel III) bzw. generell die neuen Bankenregulierungen die Liquidität der Banken. Die damit einhergehende höhere Risikovorsorge kann die Kreditvergabe spürbar bremsen.

Unsichere Zeiten können außerdem zur Folge haben, dass Firmen zögern, in neue Auslandsmärkte zu investieren und zu exportieren. Vor allem bei Exporten in Länder mit hohem Länderrisiko werden potenziell rentable Exportgeschäfte häufig nicht realisiert. Der Staat kann diese Finanzmarktimperfektionen mithilfe von Exportkreditgarantien entschärfen, indem er Exporteuren die Finanzierung erleichtert. Auf diese Weise können zusätzliche Exporte generiert und neue Arbeitsplätze geschaffen werden.

Darüber hinaus ist im Zuge der Finanzkrise eine schier unübersichtliche Zahl neuer Regelwerke entstanden, wobei eine solche Regulierungsflut zu erheblicher Rechtsunsicherheit führt. Der Nutzen von zusätzlichen Informationspflichten und erhöhter Transparenz ist hingegen oft nicht gegeben. Für Unternehmen verursachen bürokratische Anforderungen erhebliche Kosten. Je mehr Auflagen zu beachten sind und je mehr Zeit die Erledigung bürokratischer Vorgänge in Anspruch nimmt, desto unattraktiver wird ein Standort für Unternehmen.

Generell spielt die Stabilität von Rahmenbedingungen für Unternehmen insbesondere bei deren Standortwahl eine bedeutende Rolle. Unternehmen, die über einen Standort entscheiden, werden die aktuell vorherrschenden politischen und rechtlichen Rahmenbedingungen bewerten, aber auch

Medieninhaber/Herausgeber:
Wirtschaftskammer Österreich
Stabsabteilung Wirtschaftspolitik
Leitung: Dr. Christoph Schneider
Wiedner Hauptstraße 63
1045 Wien
wko.at/wp
wp@wko.at

Autorin:
Mag. Karin Steigenberger, BA
+43 (0)5 90 900-4262
Karin.steigenberger@wko.at

Erwartungen darüber bilden, wie stabil die Rahmenbedingungen in der Zukunft tendenziell sein werden. Zu den wichtigsten rechtlichen Rahmenbedingungen gehören die Wirtschafts- und Eigentumsverfassung, die Regulierung wirtschaftsrelevanter Bereiche wie z.B. Arbeitsmarktregulierungen oder Betriebsanlagen-genehmigungen sowie die mit diesen Regulierungen einhergehende Bürokratie. Die Planungs- und Rechtssicherheit kann erheblich dadurch erschwert werden, dass Gesetze allzu schnell geändert werden können und laufend eine unübersichtliche Zahl neuer Regelwerke geschaffen wird.

All diese und weitere Dimensionen von Unsicherheit und Volatilität haben maßgeblich zur zögerlichen wirtschaftlichen Entwicklung der letzten Jahre beigetragen. Durch die allgemeine Verunsicherung und deren Folgen kann es zu Investitionsstau, Arbeitslosigkeit und ausbleibendem Strukturwandel kommen.

Fazit der Stabsabteilung Wirtschaftspolitik

Insgesamt ist davon auszugehen, dass auch die kommenden Jahre unter dem Einfluss hoher Unsicherheit stehen werden und es gilt, die Chancen, die Unsicherheit und Volatilität mit sich bringen, zu nutzen. Die Chancen liegen darin, dieses unsichere und volatile Umfeld zu nutzen, um Veränderungen durchzusetzen, die unter „normalen“ oder „business-as-usual“-Szenarien von Entscheidungsträgern nicht gewagt werden würden und daher gar nicht möglich wären. Darüber hinaus gilt es, die negativen Folgen, die Unsicherheit und Volatilität mit sich bringen können, zu minimieren und Maßnahmen zu setzen, die eine positive wirtschaftliche Entwicklung ermöglichen.

- Dazu muss Unternehmen in erster Linie der nötige Spielraum gegeben werden, um ihr Potenzial voll ausschöpfen zu können. Dafür ist eine wirtschaftsfreundliche Gesetzgebung essenziell. Allen voran bedarf es Reformen, um die hohe Abgabenquote in Österreich, aber auch das überbordende Ausmaß an Bürokratie und Regulierungen einzudämmen. Einzelne Vorschriften mögen für sich alleinstehend sinnvoll sein, doch führen sie in ihrer Gesamtheit nicht zuletzt aufgrund von zersplitterten Zuständigkeiten zu einer erdrückenden Fülle an Vorschriften, die für die Unternehmen schwer zu bewältigen ist. Vorhandene und geplante Rechtsakte sind daher auf ihre Sinnhaftigkeit, Durchführbarkeit und Umsetzbarkeit zu überprüfen.
- Österreich zählt mit einer Steuer- und Abgabenquote von 44,1 % des BIP zu den Ländern mit der höchsten Abgabenbelastung weltweit. Die hohe Steuerbelastung mindert Anreize für Investitionen und Beschäftigung, belastet die preisliche Wettbewerbsfähigkeit österreichischer Unternehmen und die Attraktivität des Wirtschaftsstandortes Österreich. Es sind daher dringend Maßnahmen zu setzen, um in Österreich wieder ein attraktiveres Steuersystem zu etablieren.
- Gerade in unsicheren und konjunkturell schwierigen Zeiten sind gezielte Investitionsanreize notwendig, um einen Investitionsstau zu verhindern bzw. abzubauen. Konkrete Vorschläge der WKÖ sind die Einführung einer degressiven Abschreibung auf Abnutzung oder die Anhebung der Grenze für geringwertige Wirtschaftsgüter.
- Unverhältnismäßige Belastungen der Unternehmen durch überzogenen Arbeitnehmerschutz hemmen den Beschäftigungsaufbau. Die Arbeitsmarktpolitik muss gezielt Maßnahmen setzen, um Beschäftigungsanreize zu verstärken.
- Finanzmarktregulierung soll mit Augenmaß verfolgt und die Auswirkungen auf die Kreditvergabe an Unternehmen angemessen berücksichtigt werden.

Weitere Informationen zu den Wirtschaftspolitischen Blättern finden Sie unter:
www.wko.at/wipol-blätter/2015.4

Wirtschaftskammer Österreich
Vertretungsbefugtes Organ:
Präsident Dr. Christoph Leitl
Tätigkeitsbereich: Information,
Beratung und Unterstützung der
Mitglieder als gesetzliche
Interessenvertretung.
Blattlinie: Die Kommentare
Wirtschaftspolitik informieren
regelmäßig über aktuelle
wirtschaftspolitische
Themenstellungen.
Chefredaktion:
Dr. Christoph Schneider
Druck: Eigenvervielfältigung
Erscheinungsort Wien
Offenlegung: wko.at/offenlegung